

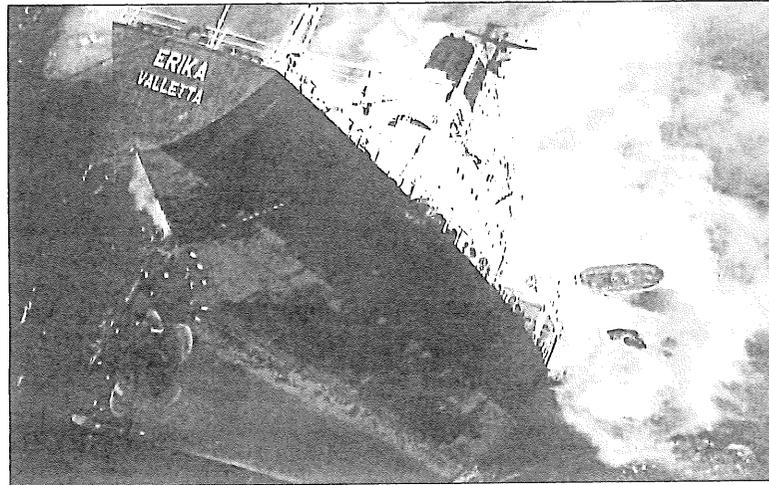
Schifferlversenken: Ärger mit Fonds

Schadenersatz. Mit geschlossenen Schiffs- und Immobilienfonds drohen tausende Anleger Millionen zu verlieren. Sie klagen Banken, die die Produkte verkauft haben, wegen Fehlberatung.

Wien. Schon der Maler Rembrandt verlor mit Beteiligungen an Schiffen sein Geld. War es damals der englisch-holländische Seekrieg, der Investoren ins Unglück stürzte, so ist es jetzt die anhaltende Wirtschaftskrise, die tausende Anleger um ihr Geld bangen lässt. Sie haben in geschlossene Schiffs-, aber auch Immobilienfonds investiert, die jetzt in schwere Seenot geraten sind. Es geht um keine Bagatellobeträge: Hierzulande dürften 20.000 Anleger betroffen sein, die rund 700 Mio. Euro investierten, schätzt der Chefjurist des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), Peter Kolba. Im ganzen deutschsprachigen Raum spricht man von acht Mrd. Euro und 180.000 Betroffenen.

Anfangs sah alles wunderbar aus: Deutsche Emissionshäuser wie MPC, HCI oder Dr. Peters, die die Fonds über Banken (hierzulande vor allem Erste Bank und Raiffeisen) vertrieben, versprachen sichere Anlagen und hohe Renditen. Das ging einige Zeit gut. Dann krachte die Weltwirtschaft und die Frachtraten fielen abrupt. Bis heute haben sie sich wegen der großen Überkapazitäten nicht erholt.

Jetzt spitzt sich die Lage zu, denn einigen Fonds droht die Insolvenz. Daher nehmen sie ihre Kommanditisten – das sind die Anleger – in die Pflicht. Im schlimmsten



Anleger drohen mit ihrem Schiffsinvestment unterzugehen.

[EPA]

ten Fall verlieren diese nicht nur die bisherigen Ausschüttungen, sondern ihr gesamtes Kapital. Viele Anleger haben unerfreuliche Post erhalten: Die Fonds fordern erfolgreiche Ausschüttungen zurück und drohen sogar mit Klage oder dem Exekutor. Ein vorzeitiger Ausstieg aus den Investments mit einer Laufzeit zwischen zehn und 25 Jahren ist aber nicht möglich.

Für den VKI und auch Rechtsanwalt Wolfgang Leitner, der wie einige andere Anwälte Anleger vertritt, stehen die Banken im Mittelpunkt der Kritik. „Die Banken haben diese Produkte recht sorglos vertrieben, einen Prospekt haben

die Investoren nie zu Gesicht bekommen“, sagt Leitner. Außerdem habe man zwar von Ausschüttungen gesprochen, die Anleger glaubten jedoch, es handle sich um Renditen. In Wahrheit ging es um die Rückzahlung der Einlage. Nicht zuletzt seien extrem hohe Provisionen verrechnet worden.

Eine Million Schadenersatz

Leitner hat schon ein gutes Dutzend Klagen gegen Banken wegen Fehlberatung eingebracht. Die jüngste ist schon wegen der Summe bemerkenswert: Ein Anleger fordert von der Bank, die ihm diverse Beteiligungen an geschlosse-

nen Schiffs- und Immobilienfonds angeboten hat, 1,06 Mio. Euro Schadenersatz. In der der „Presse“ vorliegenden Klagschrift heißt es: „Von entsprechenden Aufklärungen zu Risiken oder zu den Charakteristiken einer mitunternehmerischen Beteiligung an einer Kommanditgesellschaft war nicht ansatzweise die Rede.“ Dass es sich bei einer solchen Kommanditbeteiligung um ein grundsätzlich anderes Anlageprodukt als etwa Aktien handelt, habe die Bank ebenso nicht erwähnt wie den Umstand, dass sie über die übliche Provision (Agio) hinaus einen sogenannten Kick-back von den Anlagegesellschaften erhalten habe.

Der VKI plant jetzt eine Sammelintervention bei den Banken, die mit den Produkten gut verdient und ihre Kunden nicht auf die Risiken hingewiesen hätten. Der VKI zielt auf außergerichtliche Vergleiche ab – erst wenn diese nicht zustande kommen, plant der Verein in Zusammenarbeit mit Prozessfinanzierern Sammelklagen.

Zuerst einmal sammelt der VKI Fälle – Betroffene können über einen Onlinefragebogen (www.verbraucherrecht.at) an der Aktion teilnehmen. Bisher haben sich schon etwa 300 Personen mit einem Schaden von etwa sieben Millionen Euro bei den Konsumentenschützern gemeldet. (eid/red)